

28.06.2016

Antrag

der Fraktion der CDU

Bundesverkehrswegeplan 2030 ermöglicht den „Aufbau West“ – Landesregierung muss in der Verkehrspolitik schnell zu einer gemeinsamen Linie finden und sich im Rahmen der bundespolitischen Beratungen für die Interessen Nordrhein-Westfalens einsetzen!

I. Sachverhalt

Der im März 2016 vorgelegte Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 (BVWP 2030) trägt den besonderen Bedürfnissen der Verkehrswege in Nordrhein-Westfalen umfassend Rechnung. Der Rhein-Ruhr-Express, das wichtigste nordrhein-westfälische Projekt im Schienenpersonennahverkehr, wird mit 1,8 Milliarden Euro im vordringlichen Bedarf des BVWP 2030 geführt. Der Ausbau des 46,5 km langen Rheinabschnittes zwischen Duisburg und Bonn ist mit 201,3 Mio. Euro enthalten. Der Anteil nordrhein-westfälischer Straßenprojekte an den bundesweit geplanten Maßnahmen steigt erstmals deutlich an und erhöht sich von 16 auf 19,2 Prozent. Das ist ein Anstieg um 20 Prozent.

Der BVWP 2030 ist das größte Investitionsprogramm für die nordrhein-westfälische Infrastruktur, das es je gab. Auf seiner Grundlage können die Verkehrswege in Nordrhein-Westfalen modernisiert, unsere Infrastruktur vernetzt und die Mobilität insgesamt beschleunigt werden. Der BVWP 2030 hat im Gegensatz zum bisherigen BVWP eine klare Finanzierungsperspektive. Die Investitionsmittel und Projekte sind synchronisiert, das heißt, alle Projekte des vordringlichen Bedarfs können im Zeitrahmen des BVWP 2030 auch umgesetzt werden.

Die Bundesfernstraßen werden in Auftragsverwaltung von den einzelnen Bundesländern geplant. Nur wenn Nordrhein-Westfalen ab sofort genügend Bundesfernstraßenprojekte zügig bis zur Baureife plant, können die im BVWP 2030 enthaltenen Finanzmittel auch vollständige genutzt bzw. verbaut werden. Damit liegt es nun in der Verantwortung der Landesregierung, den „Aufbau West“ für unser Bundesland auch umzusetzen.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Landesregierung einerseits im Rahmen der weiteren Beratungen zum BVWP 2030 geschlossen beim Bund auftritt und andererseits mit Hochdruck an der Umsetzung des BVWP im Land arbeitet. Die Landesregierung muss sich jetzt mit

Datum des Originals: 28.06.2016/Ausgegeben: 28.06.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

einer Stimme beim Bund dafür einsetzen, das bisher gute Ergebnis für Nordrhein-Westfalen auch in der Endfassung des Bundesverkehrswegeplans zu verankern und noch auszubauen. Aber anstatt ihre Kräfte darauf zu fokussieren, sind die Koalitionsfraktionen im nordrhein-westfälischen Landtag in der Bewertung des Bundesverkehrswegeplans 2030 völlig uneinig. Ein einstimmiges Signal in Richtung Bundesregierung gibt es zurzeit weder von den Koalitionsfraktionen im Landtag noch von der Landesregierung. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen lehnt den BVWP 2030 bis heute ab. Nach verschiedenen Presseberichten soll es erst gegen Ende 2016 eine gemeinsame Stellungnahme der nordrhein-westfälischen Landesregierung geben. Dann aber wird es zu spät sein. Noch vor der Sommerpause wird sich das Bundeskabinett damit befassen, daher drängt die Zeit.

II. Der Landtag stellt fest:

Der Landtag begrüßt den Entwurf des BVWP 2030, weil dadurch die Straßen, Schienenwege und Wasserstraßen in Nordrhein-Westfalen umfassend saniert, modernisiert und ausgebaut werden können.

III. Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. dem Landtag offenzulegen, welche gemeinsame Haltung sie zum Entwurf des BVWP 2030 vertritt,
2. sich umgehend auf Bundesebene dafür einzusetzen, das bisher erzielte Ergebnis für Nordrhein-Westfalen im BVWP 2030 zu halten und noch zu verbessern,
3. dem Landtag darzulegen, für welche im Entwurf des BVWP 2030 enthaltene Projekte sie eine Hochstufung in den vordringlichen Bedarf anstrebt,
4. dem Landtag darzulegen, wann sie eine Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung zum Entwurf des BVWP 2030 abgeben wird,
5. dem Landtag darzulegen, was sie konkret mit der Bundesregierung seit März 2016 zum Entwurf des BVWP 2030 besprochen hat,
6. dem Landtag darzulegen, welche konkreten Maßnahmen sie seit März 2016 unternommen hat, um bereits jetzt die Weichen für eine Umsetzung der wichtigsten und als realisierungssicher geltenden nordrhein-westfälischen Verkehrsprojekte des BVWP-Entwurfs 2030 zu stellen.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Josef Hovenjürgen
Klaus Vossemer

und Fraktion